

Niederschrift

zur 24. Sitzung des Kreisausschusses am Mittwoch, den 06.06.2018 um 17:30 Uhr
im Landratsamt Beeskow, Breitscheidstr. 7, Haus A, Raum 127

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr

Sitzungsende: 18:46 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.03.2018 - öffentlicher Teil
4. Europäische Hochwasserrisikomanagementrichtlinie - Information der Bürgerinnen und Bürger über die seit August 2017 veröffentlichten Ergebnisse der Regionalen Maßnahmenplanung
5. Änderung Taxentarifordnung
6. Antrag der privaten Trägerin Janka Krüger-Koall zur Aufnahme der Kindertagesstätte "Käferhaus" in Fürstenwalde in den Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung des Landkreises Oder-Spree
7. Öffentlich-rechtlicher Vertrag des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe mit kreisangehörigen Gemeinden des Landkreises Oder-Spree zur Erhebung der Elternbeiträge für Kindertagesbetreuung gemäß Artikel 6 des Staatsvertrages zwischen dem Land Berlin und Brandenburg
8. Richtlinie zur Förderung von Angeboten für Kinder im Grundschulalter und ihre Eltern im Landkreis Oder-Spree
9. 2. Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Schülerbeförderung vom 22.04.2009 (Amtsblatt des Landkreises Oder-Spree vom 08.05.2009, 16. Jahrgang, Nr. 5) geändert durch die 1. Änderungssatzung vom 24.03.2010 (Amtsblatt des Landkreises Oder-Spree vom 28.05.2010, 17. Jahrgang, Nr. 6)
10. Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Zahlung einer Schulkostenpauschale für die weiterführenden allgemein bildenden Schulen in kommunaler Trägerschaft
11. Nachbesetzung im Naturschutzbeirat des Landkreises Oder-Spree
12. Nachwahl der Vertrauenspersonen für den Wahlausschuss am Amtsgericht Eisenhüttenstadt
13. Vorschlagsliste der Personen für die Wahl ehrenamtlicher Richter/innen für das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder)
14. Informationen zum Neubau Spreeoberschule Fürstenwalde
15. Atomare Abrüstung - Beitrittserklärung zu "Bürgermeister für den Frieden"

II. Nichtöffentlicher Teil:

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.03.2018 - nichtöffentlicher Teil
2. Vergleich in einem gerichtlichen Verfahren des Landkreis Oder-Spree
3. Kreisausschuss als Vergabeausschuss
 - 3.1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung des Vergabeausschusses am 11.04.2018
 - 3.2. Vergabeentscheidung: Erweiterter Rohbau an der Spreeoberschule Fürstenwalde

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Landrat als Kreisausschussvorsitzender begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Lindemann informiert, dass der Vergabeausschuss mit der Vergabeentscheidung zum erweiterten Rohbau an der Spreeoberschule Fürstenwalde abgesetzt werde. Nähere Informationen würden dann am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung durch ihn erfolgen.

Des Weiteren bittet Herr Dr. Pech am Ende des öffentlichen Teils um eine kurze Redezeit. Den Abgeordneten habe er über das Büro Kreistag einen Vorschlag zukommen lassen, den er kurz erläutern möchte.

Der Landrat bittet um die Abstimmung zur geänderten Tagesordnung.

zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.03.2018 - öffentlicher Teil

Da es keine Einwände der Abgeordneten gibt, bestätigt Herr Lindemann die Niederschrift der Sitzung vom 21.03.2018 – öffentlicher Teil.

zugestimmt

Zu TOP 4 Europäische Hochwasserrisikomanagementrichtlinie - Information der Bürgerinnen und Bürger über die seit August 2017 veröffentlichten Ergebnisse der Regionalen Maßnahmenplanung Vorlage: 7/BVB/Fr Wähler/2018

Der Landrat übergibt das Wort an Herrn Dr. Zeschmann, Fraktionsvorsitzender BVB/Freie Wähler.

Herr Dr. Zeschmann führt aus, dass die Hochwassermanagementrichtlinie im vergangenen Jahr festgelegt, jedoch die betroffenen Bürger/innen nicht informiert worden seien. Da in dieser Richtlinie amtlich vorgesehene Hochwasserausdehnungsgebiete bestimmt worden seien, sich jedoch eine Recherche zu den entsprechenden Flächen schwer gestalten, habe er diesen Antrag gestellt.

Die größte Frage die sich dabei den Betroffenen stelle, sei die nach dem finanziellen Rahmen. Herr Dr. Zeschmann fordert den Landkreis auf, die entsprechenden Informationen in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Umwelt Brandenburg (LfU) zusammenzufassen und den betroffenen Bürger/innen zur Verfügung zu stellen.

Herr Lindemann gibt zu bedenken, dass das LfU mit Schreiben vom 18.05.2018 alle betroffenen Gemeinden zu einer regionalen Hochwasserkonferenz „Spree“ eingeladen habe, um über die weiteren Schritte zu informieren. Das Verfahren sei so vom Gesetzgeber vorgeschrieben, die Zuständigkeit läge beim Land. Das Umweltamt des Landkreises sei mit einbezogen und im Kon-

takt mit den Gemeinden, welche in immer kürzeren Abständen informiert würden. Im Bedarfsfall könnte der Landkreis nachbessern.

Des Weiteren weist er darauf hin, dass sich die Abgeordneten des Fachausschusses für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft gegen diesen Antrag ausgesprochen hätten.

Herr Dr. Zeschmann gibt zu Protokoll, dass der Informationsfluss so nicht ausreiche. Man könne nicht davon ausgehen, dass die Mehrzahl der Betroffenen bis nach Lübben zur regionalen Hochwasserkonferenz fahren werden.

Daher äußert er nochmals die Bitte, die bisherigen Ergebnisse aus der europäischen Hochwasserrisikomanagementrichtlinie bürgerfreundlich aufarbeiten und veröffentlichen zu lassen.

Frau Siebke und Herr Umbreit, Abgeordnete der SPD-Fraktion melden sich zu Wort und weisen erneut auf die Zuständigkeit des Landes hin. Jeder, der betroffen sei, werde sich selbst informieren. Das läge schon in seinem eigenen Interesse. Der Landkreis könne hier lediglich eine Kontrollfunktion übernehmen.

Herr Gehm, 1. Beigeordneter und Dezernent für Straßenverkehr, Ordnung und Umwelt, informiert, dass die Hochwasserplanung in 3 Stufen ablaufe: Risikobewertung, Regionale Maßnahmeplanung und Feststellungsverfahren.

Momentan sei man bei der regionalen Maßnahmeplanung, einer informellen Planungsphase, in der man festlege, was alles möglich sei. Dazu seien auch die Gewässerschauen im Landkreis zu zählen. Maßnahmen würden in dieser Phase noch nicht erfolgen, da man sich auf einem sehr frühen Stand befände. Das Feststellungsverfahren habe noch nicht begonnen.

Dr. Stiller, Abgeordneter DIE LINKE regt an, das Thema durch den Landkreis weiter im Auge zu behalten, jedoch nicht in dem Maße wie beantragt. Aus diesem Grund könne er dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Lindemann bedankt sich für die anregende Diskussion und informiert, dass der Antrag keiner Abstimmung im Kreisausschuss bedarf.
Er schließt den TOP.

ohne Abstimmung

Zu TOP 5 Änderung Taxentarifordnung Vorlage: 023/2018

Der Landrat weist die Anwesenden darauf hin, dass die Änderung der Taxentarifordnung aufgrund einer Gesetzesänderung nochmals angepasst werden müsse.

Da es keine Nachfragen der Abgeordneten gibt, bittet Herr Lindemann um die Abstimmung die Beschlussvorlage BV 023/2018 Änderung der Taxentarifordnung an den Kreistag weiterzugeben.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 6 Antrag der privaten Trägerin Janka Krüger-Koall zur Aufnahme der Kindertagesstätte "Käferhaus" in Fürstenwalde in den Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung des Landkreises Oder-Spree
Vorlage: 026/2018**

Herr Lindemann übergibt auf Nachfrage von Herrn Dr. Zeschmann das Wort an Frau Christiani, Sachgebietsleiterin Jugendarbeit/Kindertagesbetreuung im Jugendamt.

Frau Christiani informiert, dass die Prüfung zur sozialverträglichen Elternbeitragsatzung/Beitragsordnung noch nicht abgeschlossen sei.

Im Anschluss lässt der Landrat über die Beschlussvorlage 026/2018 abstimmen und schließt den TOP.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 7 Öffentlich-rechtlicher Vertrag des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe mit kreisangehörigen Gemeinden des Landkreises Oder-Spree zur Erhebung der Elternbeiträge für Kindertagesbetreuung gemäß Artikel 6 des Staatsvertrages zwischen dem Land Berlin und Brandenburg
Vorlage: 036/2018**

Nachdem der Landrat den TOP aufgerufen hat, bittet er Frau Kilian, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses und Fraktionsvorsitzende der SPD, um eine kurze Zusammenfassung der Informationen.

Frau Kilian berichtet, dass es hierbei um eine Heilung gehe. Die Kommunen würden bereits die Beiträge erheben. Nun müsse die Rechtsgrundlage dafür nachgeschoben werden.

Da es keine weiteren Nachfragen gibt, lässt Herr Lindemann darüber abstimmen und verweist die Vorlage zur weiteren Behandlung in den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 8 Richtlinie zur Förderung von Angeboten für Kinder im Grundschulalter und ihre Eltern im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 028/2018**

Herr Lindemann übergibt Herrn Dr. Zeschmann das Wort.

Herr Dr. Zeschmann stellt fest, dass dieses Modellprojekt gut und sinnvoll sei, jedoch müsse man sich aufgrund der Stellungnahme der Kämmerei (Entwicklung eines finanziellen Defizits in den kommenden Jahren) die Frage stellen, ob sich der Landkreis das leisten könne. Eine Schlussfolgerung wäre die mögliche Erhöhung der Kreisumlage, um die Finanzierung zu decken.

Der Landrat gibt an, man habe sich die Entscheidung für ein solches Modellprojekt nicht einfach gemacht und wissenschaftliche Studien mit einbezogen. Natürlich seien die finanziellen Einwände von Herrn Dr. Zeschmann nicht von der Hand zu weisen, jedoch könne man bei dieser

Zielgruppe (6-12-Jährige) den Grundstein für sozialen Zusammenhalt und zur Entwicklung sozialer Kompetenzen legen.

Herr Buhrke weist darauf hin, dass der Kreistag den Rahmen vorgebe, in dem die Kämmerei den Haushalt aufstellen müsse. Da es auch dynamische Entwicklungen bei den Einnahmen und Ausgaben gebe, würden sich hier auch Möglichkeiten ergeben.

Frau Zarling, kommissarische Dezernentin für Bildung, Soziales, Jugend und Gesundheit, betont, dass der maximale Rahmen von 16 Projekten in der Beschlussvorlage angegeben sei. Des Weiteren hebt sie hervor, dass es sich hierbei um eine Kofinanzierung vom Landkreis und den Gemeinden handle und nicht allein der Landkreis die Finanzierung der Projekte übernehme.

Frau Siebke spricht sich für das Projekt aus, denn man müsse bei den Jüngsten anfangen, um soziale Kompetenzen zu fördern und so für den inneren Frieden zu sorgen.

Dr. Pech, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE und Vorsitzender des Fachausschusses für Haushalt und Finanzen, bedauert, dass sich die Diskussionen wieder nur um die Kreisumlage drehen würde.

Den Kreistagsabgeordneten müsse klar sein, dass sich der Kreis aus der Kreisumlage finanziere. Das sei nicht von der Hand zu weisen. Jedoch zähle der Hebesatz des Landkreises Oder-Spree im Vergleich zu anderen Landkreisen des Landes Brandenburg zu den niedrigsten. Der Kreistag müsse in jedem Jahr verantwortlich über die sinnvolle Einsetzung der Gelder im Landkreis entscheiden, welche Finanzierungen anstünden, und nicht in erster Linie an die Kreisumlage denken. Die Fragestellung hierbei sei, wofür das Geld ausgegeben werden soll. Herr Dr. Pech bittet dabei um die Berücksichtigung dessen, worum es bei dem Modellprojekt gehe, um den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Im Anschluss an die Diskussion bittet Herr Lindemann um die Abstimmung.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

Zu TOP 9 2. Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Schülerbeförderung vom 22.04.2009 (Amtsblatt des Landkreises Oder-Spree vom 08.05.2009, 16. Jahrgang, Nr. 5) geändert durch die 1. Änderungssatzung vom 24.03.2010 (Amtsblatt des Landkreises Oder-Spree vom 28.05.2010, 17. Jahrgang, Nr. 6)
Vorlage: 029/2018

Der Landrat erkundigt sich, ob Nachfragen bestünden und übergibt Herrn Dr. Stiller, Fraktion DIE LINKE, das Wort.

Herr Dr. Stiller weist auf einen Schreibfehler in der 2. Satzung zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung hin und bittet um die redaktionelle Überarbeitung unter § 7 Abs. 1.

Da es keine weiteren Anmerkungen der Abgeordneten gibt, bittet Herr Lindemann auch hier um die Abstimmung und schließt den TOP.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 2

Zu TOP 10 Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Zahlung einer Schulkostenpauschale für die weiterführenden allgemein bildenden Schulen in kommunaler Trägerschaft
Vorlage: 033/2018

Da es keine Einwände zu dieser Beschlussvorlage gibt, lässt Herr Lindemann direkt darüber abstimmen.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

Zu TOP 11 Nachbesetzung im Naturschutzbeirat des Landkreises Oder-Spree
Vorlage: 027/2018

Herr Lindemann übergibt das Wort an Frau Prof. Böhm, Fraktion DIE LINKE.

Frau Prof. Böhm weist darauf hin, dass die Verteilung der Sitze im Naturschutzbeirat auf Männer und Frauen zu gleichen Teilen erfolgen und man dies auch bei der Nachbesetzung beachten solle. Auch seien die Mitglieder und deren Stellvertreter des Naturschutzbeirates nicht vorgestellt worden, so dass etwaige Nachfragen der Abgeordneten nicht möglich gewesen seien.

Herr Gehm, als zuständiger Dezernent, weist darauf hin, dass es sehr schwierig sei, neue Mitglieder für den Naturschutzbeirat im Ehrenamt werben zu können. Wenn es die Gelegenheit gebe eine Besetzung 50/50 durchführen zu können, würde man dies tun. Leider sehe die Realität anders aus. Bei den Stellvertretern hätte man einen höheren Frauenanteil. Diese stünden, aus persönlichen Gründen, jedoch als hauptamtliches Mitglied nicht zur Verfügung.

Im Nachgang bittet der Landrat um die Abstimmung zur Beschlussvorlage „Nachbesetzung im Naturschutzbeirat des Landkreises Oder-Spree“, da es keine weiteren Fragen gibt.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

Zu TOP 12 Nachwahl der Vertrauenspersonen für den Wahlausschuss am Amtsgericht Eisenhüttenstadt
Vorlage: 032/2018

Der Landrat erläutert kurz den Werdegang zu dieser Beschlussvorlage.

In der letzten Sitzung des Kreistages am 11.04.2018 wurden bereits 3 Vertrauenspersonen für den Amtsgerichtsbezirk Eisenhüttenstadt gewählt.

Aufgrund einer Änderung der Allgemeinverfügung des Ministers der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz, des Ministers des Innern und für Kommunales, der Ministerin für Bildung, Jugend und Sport und des Ministers für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft vom 29.08.2017 müsse der Landkreis Oder-Spree nun 7 Vertrauensleute für diesen Amtsgerichtsbezirk wählen. Daher ist eine Nachwahl von vier weiteren Personen notwendig.

In Rücksprache mit dem Ministerium kann der Landkreis auf die vorhandenen bisher unberücksichtigten Bewerber aus dem vorherigen Verfahren zurückgegriffen werden.

Auf Nachfrage des Büro Kreistag bei diesen Kandidaten, haben sich alle für eine Aufrechterhaltung ihrer Bewerbung ausgesprochen.

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Herr Lindemann bittet um die Abstimmung.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 2

Zu TOP 13 Vorschlagsliste der Personen für die Wahl ehrenamtlicher Richter/innen für das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder)
Vorlage: 030/2018

Herr Lindemann informiert, dass der Landkreis 43 Personen für die Vorschlagsliste zur Wahl ehrenamtlicher Richter/innen am Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) zu bestimmen habe.

Der Aufruf (öffentliche Ausschreibung) erfolgte am 13.03.2018. Des Weiteren wurden die zugelassenen Kandidaten aus dem Verfahren „Ehrenamtliche Richter/innen für das Obergericht Berlin-Brandenburg“ angeschrieben.

51 Personen haben sich als ehrenamtliche/r Richter/in beworben. Alle Kandidaten erfüllen die Voraussetzungen für die Tätigkeit als ehrenamtliche/r Richter/in.

Nach Rücksprache mit dem Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) wird es als unbedenklich angesehen, alle 51 Kandidaten auf die Vorschlagsliste zu setzen.

Somit können alle Bewerber für die Vorschlagsliste berücksichtigt werden.

Der Landrat bittet um die Abstimmung zur „Vorschlagsliste der Personen für die Wahl der ehrenamtlichen Richter/innen für das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder).“

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 14 Informationen zum Neubau Spreeoberschule Fürstenwalde

Der Landrat unterrichtet die Anwesenden über die neuen Entwicklungen beim Vorhaben des Neubaus der Spreeoberschule in Fürstenwalde (Schulzentrum in der Langewahler Straße). Auf dem Gelände stehe noch das alte Schulgebäude, an dem gegenwärtig Abrissarbeiten (Entkernung des Gebäudes) für weitere 14 Tage anstünden. Im Anschluss sei der Abbruch des Gebäudes geplant.

In der vergangenen Woche sei nun ein Problem aufgetreten: an 2 Stellen im Dach wurden Fledermäuse entdeckt (Wochenstube/Aufzucht der Jungtiere). Der Befund sei auch durch weitere Untersuchungen bestätigt worden. Dabei würde es sich um eine absolut geschützte Aufzuchtphase handeln. Daher könne das Dach nicht abgenommen, die Abrucharbeiten nicht durchgeführt werden. Erst in ca. 2 Monaten sei eine Fortsetzung der Arbeiten möglich. Man müsse die Naturschutzbelange sehr ernst nehmen.

Weiter informiert Herr Lindemann, das Problem sei umfangreich unter Hinzuziehung des Umweltamtes und dem zuständigen Dezernat III, SG Hochbau, in der Verwaltungskonferenz besprochen worden. Die naturschutzrechtliche Meinung des Rechtsamtes wurde eingeholt, Ausnahmetatbestände bestünden nicht.

Herr Gehm habe über den Naturschutzbund (NABU) Kontakt zu den Naturschutzverbänden aufgenommen und viel Verständnis für die Situation erhalten. Jedoch sehe man auch dort keine andere Möglichkeiten.

Kontakt zur Stadtverwaltung Fürstenwalde wurde aufgenommen, Unterstützung sei dem Landrat zugesagt worden.

Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes wäre ein Eingriff in die Wochenstube der Tiere unverhältnismäßig.

Deshalb sei die für heute vorgesehene Vergabeentscheidung nicht möglich, ein neues Ausschreibungsverfahren müsse eröffnet werden.

Der Auftrag für den Abriss sei bereits erfolgt. Hier seien Gespräche mit der Firma geplant. Daher komme man in zeitlichen Verzug, ein möglicher Baubeginn werde sich auf Herbst/frühen Winter verzögern.

Herr Lindemann informiert weiter, dass die Förderung der Baumaßnahme bis zum 30.12.2019 laufe. Alles bis dahin Erbaute wäre förderfähig. Man versuche weitreichende Schadensbegrenzung vorzunehmen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Zeschmann, anstatt dem Schulzentrum ein Wohnheim für Schüler des OSZ zu errichten, informiert der Landrat, dass eine Änderung der bisherigen an diesem Ort nicht möglich sei. Die Fördermittel des Landes seien für genau dieses Vorhaben beschieden.

Herr Buhrke, Beigeordneter und Dezernent für Finanzen und Innenverwaltung, gibt zu bedenken, dass man eigentlich eine neue Oberschule bauen wollte, als Ersatz.

Die Stadtverwaltung Fürstenwalde sei auf den Landkreis zugekommen und habe um Unterstützung für den Neubau eines Schulzentrums gebeten, da der Landkreis höhere Fördermittel beantragen könne.

Der von Herrn Dr. Zeschmann angesprochene Neuansatz sei nicht nachvollziehbar.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Der Landrat schließt den TOP.

zur Kenntnis genommen

**Zu TOP 15 Atomare Abrüstung - Beitrittserklärung zu "Bürgermeister für den Frieden"
Vorlage: 8/Mitglieder KT/2018**

Der Landrat übergibt das Wort an Herrn Dr. Pech.

Herr Dr. Pech führt aus, dass er bei diesem Schriftstück ein nicht übliches Verfahren gewählt habe. Verfristet habe er die Vorlage des Landkreises Potsdam-Mittelmark über das Büro des Kreistages an die Mitglieder des Kreisausschusses per E-Mail versenden lassen, um in dieser Sitzung eine Vorabstimmung zu erzielen.

Er sei überzeugt, dass es sich bei diesem Antrag nicht um eine fraktionsbezogene sondern fraktionsübergreifende Initiative handle, da sich in den letzten Monaten die internationale Lage in Verbindung mit der atomaren Auf-/Abrüstung zugespitzt habe.

Die Weltpolitik sollte bis auf die Kommunalpolitik runtergebrochen werden, aus diesem Grund gebe es die „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden).

Der Antrag sei inhaltlich noch nicht endgültig bearbeitet, da er die Entscheidung des Kreisausschusses zu einer evtl. gemeinschaftlichen Beantragung abwarten wolle.

Dr. Pech würde es begrüßen, wenn alle Fraktionen sich zu diesem Antrag bekennen würden, und daraus ein fraktionsübergreifender Antrag werde.

Aufgrund der aktuellen Lage bedankt sich Herr Dr. Zeschmann für diesen Antrag, stellt jedoch die Frage, welche Kosten für eine Mitgliedschaft anfallen würden.

Herr Dr. Pech gibt an, dass bereits mehrere Städte und Gemeinden sowie der Landkreis Potsdam-Mittelmark bereits Mitglied seien.

Eine Angabe zum anfallenden Beitragssatz könne er jedoch nicht benennen.

Dr. Berger, Vorsitzender des Kreistages, begrüßt ebenfalls den Antrag, würde diesen jedoch gern mit in die Fraktionssitzung zur Beratung mitnehmen.

Herr Dr. Pech bittet abschließend darum, den Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Kreistages zu setzen, die Antragsstellung jedoch offen zu halten.

Da alle mit diesem Vorschlag einverstanden sind, beendet Herr Lindemann im Anschluss den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

ohne Abstimmung

Rolf Lindemann
Landrat

C. Kuhley
Schriftführerin